

Ihre Nachricht vom
06.05.2020

Ihr Zeichen
...

Unser Zeichen
AFR 25-20.011

Berlin, den
25.11.2020

GUTACHTEN IM VERWALTUNGSGERICHTSVERFAHREN EINES ÄTHIOPISCHEN STAATSANGEHÖRIGEN

Sehr geehrter Richter Dr...**█**,

vielen Dank für Ihre Anfrage im verwaltungsgerichtlichen Verfahren eines äthiopischen Staatsangehörigen.

Vorbemerkung:

Die politische Situation in Äthiopien ist – auch nach dem sogenannten politischen Umbruch von 2018 – sehr volatil. Die Regierung des Premierministers Abiy Ahmed veranlasste zunächst die Freilassung tausender politischer Gefangener. Die Regierung erlaubte auch die Rückkehr von Oppositionspolitiker_innen aus dem Exil und die Registrierung ihrer politischen Parteien im Land, darunter auch die bis 2018 als terroristische Vereinigung klassifizierte Oromo Liberation Front (OLF). Auch die Novellierung repressiver Gesetze wie dem Antiterrorismus-Gesetz oder einem Gesetz, das die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen nahezu unmöglich machte, sind als Fortschritt zu werten.¹

Das Jahr 2020 ist allerdings von politischen und ethnischen Spannungen geprägt, die zunehmend eskalieren und zu politischen Repressionen führen. So wurden Proteste brutal niedergeschlagen. In den Jahren 2019 und 2020 kam es auch wieder zu Massenverhaftungswellen und außergerichtlichen Tötungen durch äthiopische Sicherheitskräfte.

Am 31. März 2020 kündigte der Nationale Wahlausschuss Äthiopiens an, die Wahlen wegen der Covid-19-Pandemie auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Am 8. April verkündete der Premierminister Abiy Ahmed einen fünfmonatigen Ausnahmezustand, um die Pandemie unter Kontrolle zu bekommen. Das äthiopische Parlament stimmte im Mai 2020 zu, die landesweiten Wahlen auf 2021 zu verschieben. Politische Mandate und Ämter wurden auf unbestimmte Zeit verlängert. In der Folge kam es zu Protesten in mehreren Landesteilen, darunter auch in Oromia und Addis Abeba.

¹ Amnesty International, 2020. Beyond Law Enforcement: Human Rights Violations by Ethiopian Security Forces in Amhara and Oromia. <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/2358/2020/en/>, S. 5

Immer wieder kommt es auch zu Gewalt zwischen verschiedenen ethnischen Gruppierungen in unterschiedlichen Regionen wie in Amhara, Oromia, Harar, Dire Dawa, Benishangul und den Regionen der Southern Nations Nationalities and Peoples (SNNP). Am 1. November 2020 wurden mindestens 54 Angehörige der ethnischen Gruppe der Amhara mutmaßlich von Mitgliedern der bewaffneten Gruppe Oromo Liberation Army (OLA) getötet. Die äthiopische Armee hatte sich nur ein Tag zuvor, am 31. Oktober 2020, aus dem Bezirk Guliso in der West Wellega Zone des Regionalstaats Oromia zurückgezogen.²

Die Regionalregierung im Regionalstaat Tigray führte am 9. September 2020 entgegen des nationalen Beschlusses dennoch Wahlen durch. Dies führte zu wachsenden Spannungen mit der äthiopischen Regierung. Am 4. November 2020 begann die Regierung eine Militäroffensive gegen die in Tigray regierende Partei Tigray People's Liberation Front und mit ihr verbündete Truppen.³ Die Region befindet sich seitdem in einem internen bewaffneten Konflikt.

Die von Premierminister Abiy Ahmed versprochene gesellschaftliche Versöhnung und Aufarbeitung der schweren Menschenrechtsverletzungen, die äthiopische Sicherheitskräfte jahrzehntelang begangen haben, sind ins Stocken geraten. Die 2018 geschaffene staatliche Versöhnungskommission hat ihre Versprechen bisher nicht eingelöst, auch weil ihr Mandat unklar und beschränkt ist. Stattdessen verdeutlichen die Zunahme an interkommunaler Gewalt und erneute schwere Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte, dass die Menschenrechtssituation sich wieder verschlechtert und Repressionen erneut zunehmen.

Vor dem Hintergrund dieser neuen und sich aktuell verschärfenden politischen Situation ist es Amnesty International nicht möglich, eine Aussage über zukünftige Entwicklungen zu treffen. Dieses Gutachten fußt vor allem auf Kenntnissen der politischen Situation der letzten Jahre bis Herbst 2020. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Dokumentierung jüngerer Gewaltakte und Menschenrechtsverletzungen seit dem sogenannten politischen Umbruch 2018, insbesondere in Bezug auf die Verfolgung von Angehörigen der Ethnie der Oromo in der autonomen Stadt Dire Dawa und angrenzenden Regionen.

Ihre Fragen kann Amnesty International wie folgt beantworten:

1a) Gibt es in Äthiopien im Gebiet der Volksgruppe der Somali bzw. im Ogaden (und insbesondere in Dire Dawa) Konflikte zwischen den Oromo und der Regierung?

Dire Dawa hat den Status einer unabhängigen Stadt und liegt im Osten Äthiopiens.⁴ Im Jahr 2007 wohnten in Dire Dawa 341.000 Menschen. 46% gehörten der ethnischen Gruppe der Oromo an, während 24% der Somali-, und 20% der Amhara-Gruppe angehörten. Neben weiteren kleineren ethnischen Gruppen sind dies die drei größten in Dire Dawa⁵, zwischen denen es auch Konflikte gibt (siehe 1c).

² Amnesty International, 2020. Ethiopia: Over 50 ethnic Amhara killed in attack on village by armed group, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/11/ethiopia-over-50-ethnic-amhara-killed-in-attack-on-village-by-armed-group/>.

³ United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, 2020. Ethiopia: Tigray Region Humanitarian Update, 7 November 2020,

https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/ethiopia_situation_report_no.1_tigray_humanitarian_update_7_november_2020.pdf . ; Amnesty International, 2020. Ethiopia: Authorities must ensure human rights are respected in Tigray military operation, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/11/ethiopia-authorities-must-ensure-human-rights-are-respected-in-tigray-military-operation/>.

⁴ United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, 2017. Ethiopia: Administrative map.

https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/21_adm_eth_081517_a0.pdf.

⁵ Central Statistical Authority, 2007. in: Asnake Kefale, 2014. Ethnic Decentralization and the Challenges of Inclusive Governance in Multiethnic Cities: The Case of Dire Dawa, Ethiopia, *Regional & Federal Studies*, 24:5, 589-605, hier: S. 594



Das Stadtgebiet grenzt unmittelbar an die Regionalstaaten Ogaden im Norden und Oromia im Süden an. Die Menschenrechtssituation in beiden Regionalstaaten hat Auswirkungen auf jene in Dire Dawa und ist in diesem regionalen Kontext zu betrachten.

Der Regionalstaat Ogaden, auch Somali-Region genannt, ist ein strategisch wichtiges Grenzgebiet zwischen Äthiopien und Somalia. Seit 2007 war der Zugang für Journalist_innen, Menschenrechtsorganisationen und andere unabhängige Stellen stark eingeschränkt. Es kam wiederholt zu schweren Menschenrechtsverletzungen, insbesondere durch die äthiopische Armee und die Ogaden National Liberation Front (ONLF). Äthiopische Sicherheitskräfte vertrieben Bewohner_innen oder zerstörten ihre Dörfer. Angehörige der Armee nahmen hunderte Zivilpersonen fest, von denen viele gefoltert oder sexuell missbraucht wurden und töteten 150 Menschen, manche von ihnen öffentlich, um ein Klima der Angst zu schaffen.⁶

2018 wurde das für schwere Folter und außergerichtliche Tötungen berüchtigt gewordene Gefängnis „Ogaden Jail“ in der Stadt Jijiga geschlossen und der ehemalige Regionalpräsident Abdi Mohamoud Omar, auch genannt Abdi Illey, vor Gericht gestellt. In seinen letzten Amtstagen hatte es noch Morde an mindestens 15 Nicht-Somaliern in Jijiga gegeben, bei denen auch eine Sonderpolizeieinheit, die sogenannte Liyu-Polizei, involviert war.⁷

Auch wenn die Gewalt durch staatliche Sicherheitskräfte im Ogaden seitdem offenbar abgenommen hat, gibt es weiterhin ethnische Konflikte, insbesondere entlang der Grenze zum Regionalstaat Oromia und Dire Dawa, die weiterhin zu Hunderttausenden von Binnenvertriebenen führen.⁸ Einwohner_innen sind regelmäßigen Übergriffen ausgesetzt, viele äthiopische Oromo flüchten aus der Region Ogaden, da sie sich dort nicht sicher fühlen und gewaltvolle Übergriffe durch äthiopische Somali fürchten.⁹

Das Verwaltungsgericht Berlin bewertete die Lage in der Ogaden-Region im August 2019 als nach wie vor äußerst volatil. Insbesondere die Konflikte zwischen lokalen Oromo- und Somali-Gruppen in der Grenzregion zu Oromia dauern an. Weder die Zentralregierung, noch lokale Behörden seien in der Lage, Menschenrechte permanent zu garantieren. Für das Gericht bedeutsam war auch die grassierende Straflosigkeit; Personen in staatlichen Ämtern, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich seien, verblieben ungestraft in ihren Positionen.¹⁰

Die Reform der örtlichen staatlichen Strukturen verlief auch in der ersten Jahreshälfte 2020 schleppend.¹¹ Auch wenn der ehemalige Regionalpräsident verurteilt wurde und einige der Verantwortlichen des „Jail Ogaden“ festgenommen wurden, sind viele Gewaltakteure auf der unteren

⁶ Human Rights Watch, 2018. Ethiopia: Probe Years of Abuse in Somali Region, <https://www.hrw.org/news/2018/08/20/ethiopia-probe-years-abuse-somali-region>.

⁷ Human Rights Watch, 2018. Ethiopia: Violence A Concern Despite Reform Promises, <https://www.hrw.org/news/2018/08/15/ethiopia-violence-concern-despite-reform-promises>; Human Rights Watch, 2019. Interview: Inside What Was Ethiopia's Jail Ogaden, <https://www.hrw.org/news/2019/07/10/interview-inside-what-was-ethiopia-jail-ogaden>.

⁸ International Organization of Migration, 2020. Ethiopia Records More Than 1.8 Million Internally Displaced in 2020, <https://www.iom.int/news/iom-report-ethiopia-records-more-18-million-internally-displaced-2020>.

⁹ Amnesty International, 2018. Urgent Action: Militär tötet und verwundet Oromo, <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/militaer-toetet-und-verwundet-oromo>.

¹⁰ Verwaltungsgericht Berlin, Entscheidung vom 27.08.2019, 28 K 407.17 A, Paragraphen 56ff.; sowie: Verwaltungsgericht Berlin, Entscheidung vom 27.08.2019, 28K 530.17 A, Paragraphen 40ff.

¹¹ United Kingdom Home Office, 2020. Country policy and information note: opposition to the government, Ethiopia, https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/900975/CPIN_-_Ethiopia_-_Opposition_to_the_government.pdf, S. 56.



und mittleren Hierarchieebene weiterhin bei der Liyu-Polizei im Ogaden angestellt, andere haben sich dagegen ins Ausland abgesetzt.¹²

Vor dem Hintergrund der andauernden Straflosigkeit auf unteren und mittleren Hierarchieebenen der Liyu-Polizei kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Situation im Ogaden sich in absehbarer Zeit wieder verschlechtert, auch im Angesicht der erneut zunehmenden Gewalt in der Umgebung von Dire Dawa und insbesondere dem angrenzenden Regionalstaat Oromia.

Dort haben Sicherheitskräfte auch nach dem politischen Umbruch 2018 schwere Menschenrechtsverletzungen gegenüber Angehörigen der ethnischen Gruppe der Oromo begangen, darunter auch außergerichtliche Tötungen. Auch wenn die Oromo Liberation Front (OLF) von der äthiopischen Regierung seit 2018 formal nicht mehr als terroristisch eingestuft wird, verfolgen Sicherheitskräfte weiterhin Menschen, die verdächtigt werden, Mitglied zu sein oder der Organisation anderweitig nahe zu stehen.

Im drakonischen Anti-Terror-Gesetz, unter dem in der Vergangenheit Zehntausende willkürlich verhaftet wurden, wurden im Januar 2019 besonders kritische Passagen entschärft, darunter diejenige, die es ermöglichten, Verdächtige ohne gerichtliches Urteil bis zu 120 Tage festzuhalten.¹³ Dennoch kam es seitdem wieder zu groß angelegten Verhaftungswellen, im Zuge derer zwischen 75 und mehreren tausend Menschen, darunter auch Angehörige der ethnischen Gruppe der Oromo, verhaftet wurden und teilweise über Wochen und Monate festgehalten wurden.¹⁴ Am 29. Juni 2020 wurde der bekannte Oromo Sänger Hachalu Hundesa ermordet.¹⁵ In der Folge gab es Proteste und die Polizei nahm in Addis Abeba und Oromia mindestens 5.000 Menschen fest, von denen viele keinen Kontakt zur Außenwelt hatten.¹⁶

Seit Juni wurden außerdem führende Oromo Oppositionelle verhaftet: Jawar Mohammed vom Oromo People's Congress (OFC), Michael Boran, Shigut Geleta, Lemi Benya, Kenessa Ayana, und Colonel Gemechu Ayana von der OLF sowie Eskinder Nega von der Partei Balderas.¹⁷ Viele von ihnen waren bereits in der Vergangenheit inhaftiert, wurden aber zum Beginn von Abiy Ahehms Amtszeit freigelassen. Ihre erneute Inhaftierung zeigt erneute Repressionen gegen Oppositionelle und Aktivist_innen.

In der Vergangenheit wurden Oromo auch wegen kultureller Merkmale verfolgt. Personen, die traditionelle Oromo-Kleidung trugen, wurden unter dem Vorwurf verhaftet, dass sie damit eine politische Agenda durchsetzen wollten. Hunderte von Menschen wurden auf traditionellen Oromo-Festen verhaftet.¹⁸ Studierende wurden von ihrer Universität überwacht und verhaftet, weil sie eine kritische Meinung äußerten, Mitglied einer studentischen Gruppe waren oder es ablehnten, der regierungsnahen Partei Oromo Peoples' Democratic Organisation (OPDO) beizutreten. Oromo-

¹² Schweizer Staatssekretariat für Migration, 2020. Notiz Äthiopien: Lageentwicklung im Regionalstaat Somali, <https://www.sem.admin.ch/dam/sem/de/data/internationales/herkunftslander/afrika/eth/ETH-lageentwicklung-somali-d.pdf.download.pdf/ETH-lageentwicklung-somali-d.pdf>, S. 8.

¹³ Amnesty International, 2020. Beyond Law Enforcement: Human Rights Violations by Ethiopian Security Forces in Amhara and Oromia. <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/2358/2020/en/>, S. 11.

¹⁴ Amnesty International, 2020. Ethiopia: Authorities crack down on opposition supporters with mass arrests. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/01/ethiopia-authorities-crack-down-on-opposition-supporters-with-mass-arrests/>.

¹⁵ Amnesty International, 2020. Ethiopia: Popular musician's killing must be fully investigated. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/06/ethiopia-popular-musicians-killing-must-be-fully-investigated/>.

¹⁶ Amnesty International, 2020. Ethiopia: Account for all people arrested after Hachalu Hundesa's killing. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/07/ethiopia-account-for-all-people-arrested-after-hachalu-hundesa-killing/>.

¹⁷ Amnesty International, 2020. Account for all people arrested after Hachalu Hundesa's killing, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/07/ethiopia-account-for-all-people-arrested-after-hachalu-hundesa-killing/>.

¹⁸ Amnesty International, 2014. Because I Am Oromo: Sweeping Repression in the Oromia Region of Ethiopia, <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/006/2014/en/>, S. 9.



Sänger_innen, Schriftsteller_innen und Dichter_innen wurden verhaftet, weil sie angeblich die Regierung kritisiert und/oder Menschen durch ihre Arbeit dazu angestiftet haben sollen.

Mit dem Amstantritt von Premierminister Abiy Ahmed, der selbst Oromo ist, schien die politische Verfolgung von Oromo abzunehmen.

Mittlerweile ist allerdings eine Rückkehr zur Gewalt durch staatliche Sicherheitskräfte deutlich erkennbar. So geht die Repression der Regierung gegenüber Angehörigen der Volksgruppe der Oromos über willkürliche Massenverhaftungen hinaus. Am 15. Februar 2020 stürmte eine Einheit der Sonderpolizei in Oromia, auch hier Liyu-Polizei genannt, die Einweihung eines Büros der OLF in der Stadt Welenchiti in Oromia, feuerte scharfe Kugeln und Tränengas ab und tötete einen OLF-Anhänger, der Verkäufer war. Nach dem Angriff auf das OLF-Büro in Welenchiti verprügelte die Polizei die versammelten Anhänger_innen und verfolgte diejenigen, die geflohen waren, mit Stöcken. Sie legte auch das geparkte Fahrzeug eines lokalen Nachrichtenteams des Oromia News Network (ONN) lahm.¹⁹

Am selben Tag griff die Liyu-Polizei bei der Eröffnung eines neuen Hotels in der Stadt Burayu die Gäste an. Die Polizei attackierte die Gäste und brachte 30 von ihnen zu einem nahegelegenen Stadion. Dort wurden die Gefangenen erneut geschlagen, gezwungen, auf den Knien Runden um das Stadion zu drehen und sich bis spät in die Nacht auf dem Boden zu wälzen. Hawi Haile Yesus Keneni, eine Musikerin, erlitt so schwere Verletzung, dass sie operiert werden musste. Ein anderer Künstler sagte, er habe gehört, wie der befehlshabende Polizeibeamte am Tatort die Inhaftierten beschuldigte, OLF-Anhänger_innen zu sein.²⁰

Ferner kommt es zu außergerichtlichen Tötungen durch Sicherheitskräfte in Oromia, die Amnesty International dokumentiert hat. So wurden mindestens 39 Personen im Bezirk Goro Dola in der Zone Ost-Guji und im Bezirk Dugda Dawa in der Zone West Guji in Oromia außergerichtlich hingerichtet. Vier der Opfer der außergerichtlichen Tötungen im Bezirk Goro Dola waren eng miteinander verwandt. Ihre Familienmitglieder waren ebenfalls Ziel wiederholter willkürlicher Verhaftungen und Inhaftierungen. Vier Opfer der außergerichtlichen Tötungen durch die äthiopische Armee (EDF) in Goro Dola - Abdullahi Golu Halalkie, Bodisha Chuluqe, Qanqe Utura und Dedecha Mi'esa Halalkie - waren eng miteinander verwandt. Drei von ihnen wurden am Morgen tot aufgefunden, nachdem EDF-Soldat_innen sie in der Nacht aus ihrer Arrestzelle mitgenommen hatten.²¹

Im Jahr 2018 waren Angehörige der staatlichen Sicherheitskräfte, darunter auch die äthiopische Armee, in die nachfolgenden außergerichtlichen Hinrichtungen verwickelt: Vom 8. bis 10. Juni 2018 töteten Polizeibeamte mindestens 14 Menschen im Bezirk Chinaksen in Oromia. Am 12. August 2018 tötete die Liyu-Polizei mindestens 42 Menschen im Bezirk Mayu Muluke in Oromia.²² Am 10. März 2018 töteten Angehörige der Ethiopian National Defence Force (NDF) Menschen in der Stadt Oromia. Amnesty International hat weitere Morde durch Angehörige der NDF in Oromia dokumentiert: In Shashemene am 11. Februar 2018; in der Stadt Meda Walabu in der Bale Zone am 12. Februar 2018 und in der Stadt Itteya in der Arsi Zone am 14. Februar 2018.²³

¹⁹ Amnesty International, 2020. Ethiopia: Vendor killed, musician injured after police attack opposition supporters in Oromia. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/02/ethiopia-vendor-killed-musician-injured-after-police-attack-opposition-supporters-in-romia/>

²⁰ Ebd.

²¹ Amnesty International, 2020. Beyond Law Enforcement: Human Rights Violations by Ethiopian Security Forces in Amhara and Oromia. <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/2358/2020/en/>, S. 6.

²² Amnesty International, 2018. Submission for the UN Universal Periodic Review, 33rd Session of the UPR Working Group. <https://www.amnesty.org/download/Documents/AFR2598652018ENGLISH.PDF>, S. 9.

²³ Ebd. S. 7-8.



1b) Gibt es innerhalb der Volksgruppe der Oromo Bestrebungen einen eigenständigen Staat zu gründen? Gibt es deswegen (auch) Konflikte innerhalb der Volksgruppe?

Es herrscht zwischen den verschiedenen politischen Oromo Organisationen Uneinigkeit über das Ziel, einen eigenständigen Staat zu gründen. Die Mehrheit der Organisationen fordert jedoch ein Ende der Diskriminierung von Oromo und eine angemessene Repräsentanz in der nationalen äthiopischen Politik.

Spätestens seit den 1970er Jahren gibt es organisierte und koordinierte Bestrebungen einiger Oromo einen eigenen Staat zu gründen. Die Oromo Liberation Front (OLF) mit ihrem bewaffneten Arm, der Oromo Liberation Army (OLA), war eine der wichtigsten bewaffneten Gruppen, die die Regierung unter Mengistu Hailemariam mit dem Ziel bekämpften, einen eigenen Staat zu gründen.²⁴

Nach seinem Sturz im Jahr 1991 war die OLF für kurze Zeit Teil der Übergangsregierung der Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EDRF) Koalition, die sie 1992 verließ. Danach führten Teile der OLF einen bewaffneten Kampf gegen die Regierung und sie wurde 2011 als terroristische Organisation eingestuft. In den 1990er Jahren wurde die Oromo People's Democratic Organisation (OPDO) gegründet. Viele Oromo standen der Partei kritisch gegenüber und hatten den Eindruck, dass sie gegründet worden sei, um den Anschein zu erwecken, dass die Oromo in der Regierung ausreichend vertreten seien. Die Partei war über viele Jahre Teil der Regierungskoalition.²⁵ Im Dezember 2019 ging sie in der vereinigten neuen Regierungspartei Prosperity Party (ehemals EDRF) des Premierministers Abiy Ahmed auf²⁶, die auch in den auf 2021 verschobenen Parlamentswahlen antritt.

Im Regionalstaat Oromia begannen zwischen April und Mai 2014 Proteste gegen den Integrierten Entwicklungsplan für die Stadt Addis Abeba, den sogenannten Masterplan. Der Plan sah eine Ausdehnung des Stadtgebietes von Addis Abeba auf die Region Oromia vor. Obwohl der Masterplan von Addis Abeba die unmittelbare Ursache für die Proteste war, hörten die Proteste nicht auf, als die Regierung den Plan im Januar 2016 zurücknahm. Die Proteste weiteten sich auf andere Regionen, darunter Amhara und SNNP aus und die Forderungen der Demonstrierenden wurden ausgeweitet auf wirtschaftliche Gerechtigkeit sowie Freilassung von verhafteten Oromo Politiker_innen. Die Regierung reagierte mit unverhältnismäßiger exzessiver Gewaltanwendung auf die weitgehend friedlichen Demonstrationen.²⁷ Dennoch führten die Proteste letztlich zum Rücktritt der Regierung im Februar 2018 und zu Neuwahlen im Oktober desselben Jahres.

Im Juli 2018 hob das Parlament das Verbot der Oromo Liberation Front (OLF) auf und am 15. Oktober 2018 wurde ein Friedensabkommen mit der Regierung geschlossen, in dem die OLF erklärte, die Waffen niederzulegen. Die Aufhebung des Verbots sollte der OLF erlauben, bei den ursprünglich für August 2020 angesetzten Wahlen teilzunehmen.²⁸ Trotz des Friedensabkommens scheint der bewaffnete Arm der OLF, die OLA, erneut aktiv zu sein (siehe 1d).

²⁴ Amnesty International, 2014. Because I Am Oromo: Sweeping Repression in the Oromia Region of Ethiopia, <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/006/2014/en/>, S. 19-20.

²⁵ Ebd.

²⁶ Schweizer Staatssekretariat für Migration, 2020, Notiz Äthiopien: Querroo-Bewegung und Machtverhältnisse in Lokalverwaltungen des Regionalstaats Oromia. <https://www.sem.admin.ch/dam/sem/de/data/internationales/herkunftslaender/afrika/eth/ETH-qeerroo-bewegung-d.pdf.download.pdf/ETH-qeerroo-bewegung-d.pdf>, S. 5.

²⁷ Amnesty International, 2018. Submission for the UN Universal Periodic Review, 33rd Session of the UPR Working Group. <https://www.amnesty.org/download/Documents/AFR2598652018ENGLISH.PDF>, S. 6.

²⁸ United Kingdom Home Office, 2020. Country policy and information note: opposition to the government, Ethiopia, https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/900975/CPIN_-_Ethiopia_-_Opposition_to_the_government.pdf, S. 25-26.



Neben der OLF und der Prosperity Party gibt es noch die Oppositionspartei Oromo Federalist Congress (OFC) sowie oromo-nationalistische Akteure wie die Qeerro-Bewegung, die allerdings keiner der Parteien direkt zugeordnet werden kann.²⁹

Angehörige der Oromo stehen auf verschiedenen Seiten des Konflikts, das heißt, sie können (a) Teil der Regierungspartei Prosperity sein oder direkt den Sicherheitskräften angehören; (b) sie sind Mitglied oder identifizieren sich mit den Zielen der OLF; (c) sind Teil einer politischen Gruppe außerhalb der OLF; (d) sind politisch unabhängig. In diesem Sinn werden Konflikte innerhalb der Volksgruppe der Oromo auf vielfältige Art und Weise ausgetragen, auch mithilfe von staatlichen Sicherheitskräften.

Neu eingerichtete Kommandoposten in Oromia führten beispielsweise seit Januar 2019 mehrere willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen von Personen durch, die der Unterstützung der OLA und der OLF verdächtigt wurden. Während einige von ihnen wiederholt festgenommen wurden, wurden Tausende von Menschen in den örtlichen Polizeidienststellen inhaftiert.³⁰ Die Kommandoposten transportierten auch Tausende von Gefangenen aus ganz Oromia in das militärische Ausbildungslager Tolay, wo die Gefangenen gezwungen wurden, eine Pflichtschulung über Rechtsstaatlichkeit und die Geschichte des Oromo-Kampfes zu absolvieren.³¹ Amnesty International dokumentierte in Tolay, dass dort mindestens 10.000 Menschen zwischen Januar und September 2019 inhaftiert waren.³² Neben der Ausbildung wurden die Gefangenen aufgefordert, in Gruppensitzungen Selbstbeschuldigungen abzugeben. Diejenigen, die sich weigerten, ihre angeblichen Verfehlungen zuzugeben, wurden in die Sanqale Oromia Polizeihochschule überführt, wo mindestens 2.000 Gefangene monatelang festgehalten wurden. Die Haftbedingungen in Sanqale waren aufgrund des Mangels an Nahrung und Bettzeug sowie aufgrund von Folter und anderen Misshandlungen besonders schwer. Die Gefangenen waren den ganzen Tag über eingesperrt, abgesehen von der erlaubten Ausgehzeit von zehn Minuten morgens und abends.³³

1c) Gibt es dort auch anderweitige ethnische Konflikte? Wenn ja, zwischen welchen Volksgruppen gibt es diese Konflikte?

In Dire Dawa sowie den Regionalstaaten Ogaden und Oromia gibt es Konflikte zwischen den drei größten Volksgruppen – den Oromo, Somali und den Amhara. In Oromia gibt es auch Konflikte zwischen Oromo und der ethnischen Gruppe der Gedeo. Generell festzustellen ist, dass die ethnischen Konflikte nicht auf diese Regionen begrenzt sind, da die verschiedenen Gruppen verteilt in allen Regionen des Landes leben.

1d) Seit wann werden diese Konflikte ausgetragen? Haben sich die Konflikte in letzter Zeit verstärkt? Wenn ja, seit wann?

Die Konflikte werden teilweise seit Jahrzehnten bis Jahrhunderten ausgetragen. Bis 2018 kam es im Zuge inter-ethnischer Gewalt zu hunderttausenden Opfern. Die Hoffnung, dass die Gewalt durch Sicherheitskräfte und bewaffnete Gruppen mit dem politischen Umbruch 2018 beendet sein würde,

²⁹ Schweizer Staatssekretariat Migration, 2020. Notiz Äthiopien: Qeerro-Bewegung und Machtverhältnisse in Lokalverwaltungen des Regionalstaats Oromia, <http://www.sem.admin.ch/dam/sem/de/data/internationales/herkunftslander/afrika/eth/ETH-geerro-bewegung-d.pdf>.

³⁰ Amnesty International, 2020. Beyond Law Enforcement: Human Rights Violations by Ethiopian Security Forces in Amhara and Oromia. <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/2358/2020/en/>, S. 6.

³¹ Ebd., S. 28ff.

³² Ebd., S. 20.

³³ Ebd., S. 26ff.



hat sich nicht erfüllt. Für die Jahre 2019/2020 hat Amnesty stattdessen einen landesweiten Anstieg an ethnischer Gewalt festgestellt, der zu Tausenden von Toten führte.³⁴

Im Jahr 2019 haben Politiker_innen bei dem Versuch, Anhänger_innen für die Wahlen zu mobilisieren, ethnische und religiöse Feindbilder genutzt, was zu inter-ethnischen Konflikten und bewaffneten Angriffen führte.³⁵ Die Zunahme an Konflikten hängt auch mit dem Rückzug von Sicherheitskräften aus einzelnen Regionen zusammen. Jedoch hat auch die erneute Verstärkung der Kontrolle und die Einrichtung von Sicherheitsposten im Jahr 2019 erneut zu schweren Menschenrechtsverletzungen geführt (siehe 1a).

Treiber für die Spannungen und politische Gewalt ist auch die Ungewissheit über das Datum der nächsten Wahl, die nun 2021 stattfinden soll. Die Mandate der regionalen und föderalen Legislative und Exekutive sind im Oktober 2020 ausgelaufen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den politischen Parteien, insbesondere wie einer möglichen Verfassungskrise begegnet werden kann, vertiefen sich und Politiker_innen bedienen sich weiterhin einer Rhetorik, die ethnische Konflikte verschärfen oder wiederaufflammen lassen kann.³⁶

Amnesty International kann keine vollständige Auflistung aller jüngeren ethnisch motivierten Konfliktsituationen vorlegen. Es gab jedoch in den Regionen Oromia, Ogaden und Dire Dawa die folgenden jüngeren Vorfälle:

- Im Dorf Gawa Qanga, das im Regionalstaat Oromia liegt, wurden am 1. November 2020 mindestens 54 Angehörige der ethnischen Gruppe der Amhara von mutmaßlichen Mitgliedern der OLA getötet.³⁷
- Nachdem am 29. Juni 2020 ein bekannter äthiopischer Musiker, der der Gruppe der Oromo angehörte, ermordet wurde, kam es in Oromia zu Demonstrationen, die in Gewalt umschlugen. Laut der äthiopischen Regierung wurden bis zum 8. Juli in Oromia 167 Menschen getötet, davon 154 Zivilisten.³⁸
- Im September 2019 brachen Kämpfe zwischen bewaffneten Amhara- und Oromo-Jugendlichen in Dechatu, Magala, Kafira und in der Nähe der Stadt Dire Dawa aus, die sich rasch auf die Gebiete Lagahare und Ashawa ausweiteten und Todesopfer forderten, wobei die genaue Zahl nicht bekannt ist.³⁹
- Im April und im Juni 2018 gab es in Oromia ethnische Konflikte zwischen den Guji und Gedeo-Gruppen.⁴⁰

³⁴ Amnesty International. 2019. Ethiopia Report, <https://www.amnesty.org/en/countries/africa/ethiopia/report-ethiopia/>.

³⁵ Amnesty International. 2020: Ethiopia: Rape, extrajudicial executions, homes set alight in security operations in Amhara and Oromia, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/05/ethiopia-rape-extrajudicial-executions-homes-set-alight-in-security-operations-in-amhara-and-romia/>.

³⁶ Ebd. S. 7

³⁷ Amnesty International, 2020. Ethiopia: Over 50 ethnic Amhara killed in attack on village by armed group, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/11/ethiopia-over-50-ethnic-amhara-killed-in-attack-on-village-by-armed-group/>.

³⁸ International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies, 2020: Ethiopia: Civil Unrest. Emergency Plan of Action, <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Ethiopia%20-%20Civil%20Unrest%20-%20Emergency%20Plan%20of%20Action%20-%2028EPoA%29%20DREF%20Operation%20on%20MDRET022.pdf>, S. 1.

³⁹ United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, 2019. Ethiopia: Humanitarian Access Situation Report, August – September 2019. https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/ocha_access_191106_situation_report_aug-sept_2019.pdf, S. 4.

⁴⁰ Internal Displacement Monitoring Centre, 2019. Global Report on Internal Displacement. Spotlight Ethiopia, <https://www.internal-displacement.org/sites/default/files/publications/documents/2019-IDMC-GRID-spotlight-ethiopia.pdf>, S. 14.



- Seit 2017 gibt es an der umstrittenen Grenze zwischen den Regionalstaaten Oromia und Ogaden immer wieder ethnische Konflikte zwischen Oromo- und Somali-Gruppen, die regelmäßig zur Vertreibung von Tausenden von Einwohner_innen führen.⁴¹

Auch in mehreren anderen Regionalstaaten nimmt die ethnische Gewalt zu (siehe 2c).

1e) Auf welche Weise wird den Konflikten von Seiten der äthiopischen Regierung entgegengewirkt? Sind diese Bemühungen erfolgreich?

Durch die Schaffung und Beteiligung ethnisch definierter Parteien wie der OPDO und der Erteilung von gewissen Autonomierechten für die Regionalstaaten und Territorien hatte sich die Regierung in der Vergangenheit erhofft, ethnische Konflikte aufzulösen. Jedoch war der Versuch nicht erfolgreich, wie sich etwa in der Ablehnung der OPDO durch viele Oromo zeigt. Um den großen Oromo-Protesten bis 2018 entgegenzuwirken, wurde mit Abiy Ahmed erstmals ein Angehöriger dieser größten Ethnie Äthiopiens zum Premierminister ernannt. Aus den neuerlichen Protesten der Oromo kann man schließen, dass die anfängliche Akzeptanz von Abiy Ahmed auch unter den Oromo zu schwinden scheint.

Als Reaktion auf die Verschlechterung der Sicherheitslage aufgrund der bewaffneten Angriffe und der zunehmenden ethnischen Gewalt richtete die Regierung seit 2018 mehrere Kommandoposten für betroffene Gebiete ein, die die Auseinandersetzungen eindämmen sollen. Amnesty International sind sechs Kommandoposten bekannt, die in verschiedenen Teilen des Landes eingerichtet wurden, drei in Amhara, zwei in Oromia und einer in den südlichen Regionen.⁴²

Die Kommandoposten koordinieren die Operationen der föderalen und lokalen Sicherheitsorgane, darunter EDF, die föderale Polizei, die regionale Polizei sowie regionale Sicherheitsbüros. Das Mandat, die Rechtmäßigkeit und die Verfahren für die Einrichtung und den Betrieb dieser Kommandoposten sind unklar. Die Kommandoposten haben weitreichende Befugnisse und können die Menschenrechte nahezu willkürlich einschränken.⁴³

So haben Beamte der Kommandoposten routinemäßig bestimmte Flaggen und Ausdrücke oder den Gebrauch von Mobiltelefonen verboten oder sie beschlagnahmt; sie verhängten Ausgangssperren und Bewegungseinschränkungen und waren in einigen Fällen in rechtswidrige Zwangsräumungen verwickelt. Kommandoposten haben auch Massenverhaftungen und andere willkürliche Inhaftierungen durchgeführt.⁴⁴

Vor dem Hintergrund des aktuellen Verhaltens staatlicher Sicherheitskräfte lässt sich die weitere Entwicklung von schwelenden oder eskalierenden ethnischen Konflikten nicht vorhersagen. Einerseits hat Amnesty International mehrfach dokumentiert, dass staatliche Sicherheitskräfte beim Schutz vor ethnisch motivierter Gewalt versagen und nicht eingreifen, wodurch ethnische Auseinandersetzungen eskalieren. In der Vergangenheit ist es andererseits auch oftmals vorgekommen, dass Sicherheitskräfte sich auf die Seite einer ethnischen Gruppe gestellt haben und Konflikte in der Folge zugenommen haben oder gewaltvoller wurden und Menschen das Vertrauen in staatliche Organe verloren haben.

Durch repressive und unverhältnismäßige Maßnahmen staatlicher Organe in der Vergangenheit, wie systematische Verfolgung von Oromo aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, wurde das Vertrauen in

⁴¹ Ebd.

⁴² Amnesty International, 2020. Beyond Law Enforcement: Human Rights Violations by Ethiopian Security Forces in Amhara and Oromia. <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/2358/2020/en/>, S. 14.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Ebd.



staatliche Organe und Sicherheitskräfte nachhaltig gestört. Erschwerend kommt hinzu, dass die im Zuge des politischen Umbruchs begonnene gesellschaftliche und gerichtliche Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen, die durch Gewaltakteure innerhalb des Staatsapparats verübt wurden, nicht tief genug greifen.

Abgesehen von der Verhaftung einiger hochrangiger Beamter im November 2018 gab es kaum Fortschritte bei der Aufarbeitung früherer Missbräuche. Im Ogaden wurden einige der Verantwortlichen des berüchtigten „Jail Ogaden“, in dem Folter, Vergewaltigung und Tod an der Tagesordnung waren, für Misshandlungen verurteilt, die unter ihrem Kommando begangen wurden; es mangelt jedoch weiterhin an öffentlichen Informationen über diese Prozesse.⁴⁵ Die oben beschriebenen erneuten schweren Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte verlaufen konträr zu den Versuchen der Regierung, die Straflosigkeit zu beenden.

Im Dezember 2018 wurde eine nationale Versöhnungskommission eingerichtet, die jedoch ein unklares Mandat hat.⁴⁶ Im Gesetz fehlt ein klarer materieller oder zeitlicher Rahmen für die Aufarbeitung schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen sowie Entschädigungen von Opfern vergangener Menschenrechtsverletzungen.⁴⁷

2a) Welche Auswirkungen haben die genannten Konflikte auf Mitglieder der Volksgruppe Oromo? Wie viele Opfer gibt es aufgrund dieser Konflikte?

Amnesty liegen keine eigenen Informationen zur Gesamtanzahl der Opfer in den genannten Konflikten vor.

Die menschenrechtliche Gefährdungslage von Mitgliedern der ethnischen Gruppe der Oromo ist hoch. Oromo waren in der Vergangenheit systematisch staatlicher Verfolgung und Repression ausgesetzt. Nachdem die Regierung die politischen Restriktionen zunächst gelockert hatte, kommt es nun wieder verstärkt zu Repressionen gegen Oppositionelle, darunter auch Oromo. Es ist derzeit nicht abzuschätzen, ob die Repressionen wieder gelockert werden.

Die gewaltsamen Konflikte stellen für alle beteiligten ethnischen Gruppen eine Gefahr für Leib und Leben dar. Wie oben dargestellt, kommt es immer wieder zu außergerichtlichen Tötungen durch staatliche Sicherheitskräfte, zu willkürlichen Verhaftungen und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen. Im Kontext ethnischer Konflikte kommt es zu Morden, Vertreibungen, Vergewaltigungen und anderen schweren Missbräuchen, auch gegenüber Angehörigen der ethnischen Gruppe der Oromo.

Weiterhin wurden Oromo in der Vergangenheit auch im Alltagsleben diskriminiert. Beispielsweise wurde Oromo, die nicht jener Oromo Partei, die Teil der Regierungskoalition war, beitreten oder sie anderweitig unterstützen wollten, der Zugang zu Arbeitsplätzen in staatlichen oder universitären Einrichtungen erschwert oder verwehrt.

⁴⁵ Human Rights Watch, 2020. World Report: Ethiopia. <https://www.hrw.org/world-report/2020/country-chapters/ethiopia>.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Amnesty International, 2020. OP-ED: Ethiopia must end culture of impunity to heal from decades of human rights violations, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/06/oped-ethiopia-must-end-culture-of-impunity-to-heal-from-decades-of-human-rights-violations/>.



2b) Inwieweit könnten neben dem Kläger auch die Klägerin und deren Kinder von solchen Konflikten betroffen sein?

Angehörige der ethnischen Gruppe der Oromo sind in Äthiopien vielfältigen Gefahren und schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt, einerseits durch bewaffnete Gruppen, andererseits aber auch durch staatliche Sicherheitskräfte und mitunter durch Angehörige der eigenen Ethnie, die eine andere politische Ausrichtung und Zielsetzung für die Durchsetzung der Rechte der Oromo verfolgen.

Die autonome Stadt Dire Dawa, liegt an der Grenze zu den Regionalstaaten Ogaden und Oromia. Insbesondere in diesem Grenzgebiet haben die ethnischen Konflikte in den vergangenen zwei Jahren zugenommen und viele Einwohner_innen sind vor der Gewalt geflüchtet. Vor diesem Hintergrund kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Kläger von solchen Konflikten betroffen sein könnte. Ferner ist weithin bekannt, dass in Äthiopien immer wieder Familienmitglieder von vermeintlichen Oppositionellen angegriffen, willkürlich verhaftet oder ermordet wurden. Seit Januar 2019 gab es beispielsweise im Regionalstaat Oromia außergerichtliche Tötungen von miteinander verwandten Menschen (siehe 1a).

Ähnliche jüngere Vorfälle im Regionalstaat Amhara lassen den Schluss zu, dass solche Gewaltakte sich erneut im Land verbreiten: Bei einem Angriff auf ein Viertel in Metema – einer Grenzstadt in der West-Gondar-Zone – wurden am 10. und 11. Januar 2019 innerhalb von 24 Stunden mindestens 58 Angehörige der Qimant-Gruppe getötet. Unter den am 11. Januar getöteten Personen befanden sich drei Geschwister – Seyoum Tedege, Melkamu Tedege und Eyayu Tedege – und ihr Cousin Muluken Abebe. Die örtlichen Milizen führten den Angriff gemeinsam mit einer Amhara-Jugendwehrgruppe, allgemein als Fanno bekannt, durch. Die in der Stadt stationierten EDF-Soldat_innen unternahmen trotz wiederholter Hilferufe nichts, um die Gewalt zu verhindern, angeblich weil sie keinen Befehl zum Eingreifen hatten. Interkommunale Gewalt betraf auch die Nachbarbezirke Chilga, Quara und Gondar Stadt und die umliegenden Städte, in denen Hunderte getötet und Tausende aus jeder Gemeinde vertrieben wurden. In Azezo, einer Stadt nördlich von Gondar-Stadt, tötete und verbrannte die Bürgerwehr Fanno am 29. September 2019 bei einem Vergeltungsangriff vier Mitglieder derselben Familie, darunter ein Kind, weil sie einen Amhara-Jugendlichen im Bezirk Chilga - einem von ethnischen Qimant dominierten Gebiet - getötet hatte.⁴⁸

In der Vergangenheit kam es für Angehörige der Oromo-Ethnie oftmals zu Fällen von Sippenhaft. Familienangehörige wurden für tatsächliche oder unterstellte politische Aktivitäten eines Familienmitglieds angegriffen, willkürlich verhaftet oder misshandelt. Mitunter wurden mehrere Familienangehörige, darunter auch Kinder, verhaftet.⁴⁹ In einigen Fällen wurden sie gefoltert oder anderweitig unter Druck gesetzt, entweder den Aufenthaltsort der gesuchten Person preiszugeben oder belastende Beweise gegen sie vorzulegen. Beispielsweise wurde ein junger Mann willkürlich für fünf Jahre in einem Militärlager festgehalten. Sein älterer Bruder, der Lehrer war, wurde gesucht, weil er angeblich Schüler_innen gegen die Regierung aufgewiegelt habe.⁵⁰ Mehrere Personen, die anstelle eines Verwandten verhaftet wurden, sagten, sie seien unter der Bedingung freigelassen worden, dass sie die gesuchte Person übergeben. Eine Frau berichtete Amnesty, dass ihr Mann willkürlich für zwei Monate inhaftiert worden war, weil sein Vater, der wegen des Verdachts der Unterstützung der OLF

⁴⁸ Amnesty International, 2020. Beyond Law Enforcement: Human Rights Violations by Ethiopian Security Forces in Amhara and Oromia. <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/2358/2020/en/>, S. 6.

⁴⁹ Amnesty International, 2014. Because I Am Oromo: Sweeping Repression in the Oromia Region of Ethiopia, <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/006/2014/en/>, S. 51.

⁵⁰ Amnesty International, 2014. Because I Am Oromo: Sweeping Repression in the Oromia Region of Ethiopia, <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/006/2014/en/>, S. 53.



inhaftiert war, aus der Haft geflohen sein soll. Der Ehemann sollte seinen Vater dazu bewegen, sich „zu stellen“, selbst freizukommen.⁵¹

Ein prominenter Fall, der diese Praxis verdeutlicht, ist der des Journalisten Eskinder Nega. Er wurde am 13. Juli 2012 wegen Hochverrat und terroristischer Vergehen zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Es war bereits das achte Mal, dass Eskinder Nega aufgrund seiner Arbeit als Journalist festgenommen und strafverfolgt wurde. 2005 verhaftete man ihn zusammen mit seiner Frau Serkalem Fasil. Sie musste 2006 im Gefängnis ihren Sohn Nafkot zur Welt bringen.⁵² Eskinder Nega selbst kam 2018 im Zuge der Freilassungen von Premierminister Ahmed Abiy wieder frei, er wurde jedoch am 1. Juli 2020 von Sicherheitskräften angegriffen und erneut verhaftet; im September wurde er wegen Terrorismusvorwürfen angeklagt.⁵³

Amnesty International kann derzeit keine Aussage darüber treffen, inwiefern die Methoden der Sippenhaft, der willkürlichen Verhaftung und Folter von Familienangehörigen erneut Anwendung finden. Allerdings verdeutlicht die erneute Festnahme von und Anklage gegen Eskinder Nega und andere, dass die bis 2018 angewendeten Muster politischer Verfolgung erneut eingesetzt werden.

Vor dem Hintergrund der volatilen Lage im ganzen Land, einer drohenden Verfassungskrise aufgrund der verschobenen Parlamentswahl, der Zunahme von Gewalt in Oromia, ethnischen Konflikten in Dire Dawa selbst und der andauernden Straflosigkeit im Ogaden kann demnach nicht ausgeschlossen werden, dass der Kläger und seine Familie unmittelbar von Konflikten betroffen sein können. Dafür spricht auch, dass die staatliche Gewalt und Verfolgung von Angehörigen der ethnischen Gruppe der Oromo in der Vergangenheit nicht auf prominente oder professionelle politische Akteure beschränkt, sondern weit verbreitet war.⁵⁴ Das Risiko von tödlicher Gewalt kann auch im Jahr 2020 nicht ausgeschlossen werden.

2c) Könnten die Kläger diesen Konflikten räumlich ausweichen?

Wie unter 1) beschrieben, herrscht in Dire Dawa und den angrenzenden Regionalstaaten Ogaden sowie Oromia eine äußerst volatile Situation, in der weder die Zentralregierung noch die Regionalregierungen in der Lage oder willens sind, Menschenrechte zu gewährleisten. Ethnische Konflikte sind nicht auf eine Region beschränkt, sondern regional meist übergreifend, zumal die verschiedenen Ethnien in den unterschiedlichen Regionen Äthiopiens leben.

Inter-ethnische Konflikte und schwere Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte haben auch in anderen Regionen des Landes im letzten Jahr deutlich zugenommen. Im Regionalstaat Amhara wurden zwischen Januar und Oktober 2019 mindestens 130 Menschen in inter-ethnischen Konflikten

⁵¹ Amnesty International, 2014. Because I Am Oromo: Sweeping Repression in the Oromia Region of Ethiopia, <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/006/2014/en/>, S. 54.

⁵² Amnesty International, 2017. Aktion gegen das Vergessen, Äthiopien: Eskinder Nega, <https://www.amnesty.de/briefe-gegen-das-vergessen/2013/1/aethiopien-eskinder-nega>.

⁵³ Pen America, 2020. Eskinder Nega Ethiopia, Status: Detained, <https://pen.org/advocacy-case/eskinder-nega/>

⁵⁴ Siehe im Detail: Amnesty International, 2014. Because I Am Oromo: Sweeping Repression in the Oromia Region of Ethiopia, <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/006/2014/en/>; Amnesty International, 2018. Stellungnahme vom 11.7.2018 an den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, https://www.ecoi.net/en/file/local/1441716/6_1535376826_180711-aethiopien-gutachten-afr25-18012.pdf.



getötet.⁵⁵ Auch in Afar, Addis Abeba, Harari, den SNNPR und Benishangul-Gumuz kam es seit 2019 zu ethnischer Gewalt.⁵⁶

Amnesty International konnte bestätigen, dass auch im Regionalstaat Tigray in der Nacht zum 9. November 2020 zahlreiche Zivilpersonen, brutal mit Macheten und Messern getötet wurden.⁵⁷ Die Region befindet sich nach Auffassung von Amnesty International seit dem 4.11.2020 in einem internen bewaffneten Konflikt mit der äthiopischen Zentralregierung. Die äthiopische Regierung hat für den 25.11.2020 die nächste Militäroffensive angekündigt.

Vor dem Hintergrund der zunehmend aufgeheizten Stimmung vor den auf 2021 verschobenen Wahlen ist davon auszugehen, dass die Lage sich in nahezu allen Regionalstaaten weiter verschlechtert.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Informationen weitergeholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Franziska Ulm-Düsterhöft

⁵⁵ Amnesty International, 2020. Beyond Law Enforcement: Human Rights Violations by Ethiopian Security Forces in Amhara and Oromia. <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/2358/2020/en/>, S. 6.

⁵⁶ Amnesty International, 2020. Beyond Law Enforcement: Human Rights Violations by Ethiopian Security Forces in Amhara and Oromia. <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/2358/2020/en/>, S. 13. : Human Rights Watch, 2020. Ethiopia: Justice Needed for Deadly October Violence, <https://www.hrw.org/news/2020/04/01/ethiopia-justice-needed-deadly-october-violence> ; Für einen groben Überblick über registrierte Gewaltakte in der ersten Jahreshälfte im ganzen Land, siehe: United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, 2020: Humanitarian Access Situation Report, April- June 2020, https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/ocha_access_200724_situation_report_april_june_final.pdf.

⁵⁷ Amnesty International, 2020. Äthiopien: Amnesty veröffentlicht Beweise für Massaker mit Dutzenden Toten. <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/aethiopien-amnesty-veroeffentlicht-beweise-fuer-massaker-mit-dutzenden-toten>.

